

Die Deutsche Volksunion (DVU)

Die am 5. März 1987 vom Münchner Verleger, Multimillionär und Rechtsextremisten Gerhard Frey unter der Bezeichnung "Deutsche Volksunion - Liste D" (DVU-Liste D) als Partei gegründete Organisation ist trotz Mitgliederverlusten bundesweit formal die mitgliederstärkste Partei (Stand 2003: 11.500; 1992/93: 26.000) im rechtsextremen Spektrum. Die Partei trat an die Stelle eines bereits seit 1971 bestehenden gleichnamigen Vereins, der von Frey als Auffangbecken für ehemalige NPD-Mitglieder konzipiert worden war und dessen Aktivitäten sich gegen die Ostpolitik des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt richteten. Neben Walter Brandner, ehemals SS-Obersturmbannführer, und dem einstigen NS-Schriftsteller Wilhelm Pleyer, Träger des Volksdeutschen Schrifttumspreises 1941, gehörten auch Funktionäre aus Unions-Reihen zu den Mitbegründern des Frey-Vereins. Im Februar 1991 entfiel durch Satzungsänderung der Namenszusatz "Liste D". Die Partei tritt seither unter der Bezeichnung "Deutsche Volksunion" (DVU) in Erscheinung.

Sitz der Partei, die in allen 16 Bundesländern über Landesverbände verfügt, ist München. Daneben verfügt die DVU bundesweit über einige dutzend Kreisverbände, die jedoch weitgehend inaktiv sind. "Grundsätzlich ist Frey", so der Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2003, "an Kommunalpolitik kaum interessiert, weil sich etwaige kommunale Mandatsträger schwer von der Parteizentrale in München kontrollieren lassen." (Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2003, S.127)

Die DVU wird von ihrem Bundesvorsitzenden Gerhard Frey autokratisch geführt und weitestgehend finanziert. Frey ist Inhaber der "DSZ - Druckschriften- und Zeitschriftenverlag GmbH" (DSZ-Verlag) und Herausgeber der wöchentlich erscheinenden "National-Zeitung" (NZ), die mit einer Auflage von ca. 41.000 Exemplaren zu den auflagestärksten rechtsextremen Publikationen in der Bundesrepublik zählt. In ihren besten Tagen 1967 lag die wöchentliche Auflage bei bis zu 145.000 Exemplaren.

Charakteristisch für die DVU ist ihre unterentwickelte Organisationsstruktur und die weitgehende Inaktivität ihrer Mitglieder. Besondere Schwerpunkte der DVU, die in den Landesparlamenten in Brandenburg und Bremen vertreten ist, bilden Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Antiamerikanismus sowie ein umfassender Revisionismus. Weitere Ideologieelemente der DVU sind: Ablehnung der demokratischen Grundrechte für bestimmte Gruppen von Menschen und der Menschenrechte, Antiliberalismus, der Ruf nach einer autoritären Staatsordnung, Diffamierung demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentanten, Freund-Feind-Denken, Ideologie der Ungleichheit, kollektivistische Volksgemeinschaft versus Individualrechte, Volksgemeinschaftsideologie, die Vorrang vor den Freiheitsrechten des Einzelnen hat, Missachtung der grundgesetzlich garantierten Menschenwürde, Nationalismus versus Internationalismus, Nation als Abstammungsgemeinschaft und oberstes Prinzip, Rassismus und Verharmlosung/ Verherrlichung des Nationalsozialismus.

(i) Frey, seine Partei und sein Medienunternehmen

Frey wurde 1933 in der oberpfälzischen Kleinstadt Cham geboren. Er entstammt einer vermögenden Kaufmannsfamilie. Im Haus herrschte eine nationale und soldatische Gesinnung. Geprägt vom Geist der rechtsterroristischen Freikorps, der durch die Familie wehte, entwickelte Frey früh eine Vorliebe fürs Militärische. Sein politisches Engagement startete der spätere promovierte Rechts- und Staatswissenschaftler als freier journalistischer Mitarbeiter der "Deutschen Soldaten-Zeitung". Das Blatt war 1951 vom ehemaligen NS-Kreisleiter Helmut Damerau und dem Obersten a. D. Heinrich Detloff von Kalben -zu denen später Paul Steiner, ehemals General der Waffen-SS dazu stieß- ins Leben gerufen worden. 1960 avancierte Frey zum alleinigen Herausgeber der Soldatenzeitung (1963 in "Deutsche National-Zeitung" umbenannt) und des zugehörigen Verlags, der 1968 in "DSZ Druckschriften- und Zeitungs-Verlag GmbH" (DSZ-Verlag) umbenannt wurde. Im Laufe der Jahre formierte Frey um die NZ als Kopfblatt des DSZ-Verlags einen weit gefächerten, homogen und gewinnbringend operierenden Medienkonzern. 1971 gründete er ein zweites Verlagsunternehmen, den "FZ Freiheitlichen Zeitungsverlag GmbH" mit dem Versandhandel "Deutscher Buchdienst" und dem Reiseveranstalter "Deutsche Reisen". Verlagszweck war der Versand einschlägiger Devotionalien (Bücher, Fahnen, Karten, Wimpel, Schallplatten etc.) als auch die Organisation von Leserreisen. 1986 änderte er den Namen des Unternehmens in "FZ Freiheitlicher Buch- und Zeitschriften-Verlag GmbH" (FZ-Verlag). 1991 fügte Frey seiner Firmengruppe die "DSZ-Druck GmbH" hinzu. Über Jahrzehnte hinweg hatte Frey mit seinem Medien-Imperium eine fast monopolartige Stellung.

Seine Verlage führt Frey als Familienunternehmen. Gerhard Frey jun., von Beruf Rechtsanwalt, vertritt die Partei auch vor Gericht. Im familieneigenen FZ-Verlag hat er ein chauvinistisches Buch über "Polens verschwiegene Schuld" publiziert. Gerhard Freys Frau Regine und Tochter Michaela Frey sind neben Frey sen. alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer in dem Verlagsimperium.

Frey ist Multimillionär. Das Vermögen seiner Familie wird auf 250 Millionen Euro geschätzt. Er besitzt über 30 mehrgeschossige Mietshäuser in München und Berlin. Seine jährlichen Mieteinnahmen schätzte das Magazin "Stern" 1998 auf "über fünf Millionen Mark". ("Stern", 33/1998, S.108)

Frey als Partei-Besitzer

Der öffentlichkeitsscheue Medienunternehmer ist nicht nur der erste, sondern bislang einzige Vorsitzende der DVU. Die Partei ist seine Schöpfung und hängt an seinem Tropf. Er ist Partei-Besitzer. Die zentralistisch und autoritär vom Münchner Stadtteil Pasing geführte DVU ist keine Partei im herkömmlichen Sinne. Sie ist vielmehr ein Instrument, mit dem Frey seine Geschäftsinteressen verfolgt.

Virtuelle Partei

Frey bestimmt die Personal- und Sachpolitik der DVU. Das dadurch bedingte Abhängigkeitsverhältnis ermöglicht ihm einen autokratischen Führungsstil, der keinen innerparteilichen

Pluralismus oder gar Widerspruch duldet. Das hat zur Konsequenz, dass sich weder auf Bundes- noch auf Landesebene eine eigenständige Parteiarbeit entwickeln kann und dass neben Frey kein überregional bekanntes, profiliertes DVU-Führungspersonal existiert. In den Landesvorständen der DVU sind fast ausnahmsweise politische Nobodys, die bislang weder als Publizisten noch als Referenten - geschweige denn als politische Vordenker- in der rechtsextremen Szene in Erscheinung getreten sind.

Im öffentlichen Raum ist die virtuelle Partei kaum präsent. Ihre Teilhabe am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß beschränkt sich weitgehend auf das Führen materialaufwändiger und weithin gesichtsloser Wahlkämpfe. Die Kandidaten sollen Öffentlichkeit, Wähler und Medienvertreter meiden, so gut es geht. Stattdessen werden die BürgerInnen mit Wurfesendungen und Plakate bombardiert. Die Postwurfsendungen dienen auch dazu, Käufer für die Produkte Freys zu finden. Parteitage finden im Verborgenen statt. Pressekonferenzen gibt es kaum. Die Masse der Mitglieder sind Beitragszahler, Zeitungsabonnenten von Frey und Kunden der von seiner Frau geführten "FZ-Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH". Weitere "Aktivität" der Mitglieder ist der gelegentliche Besuch so genannter "politischer Stammtische", die überwiegend dem Biergenuss gewidmet sind. Traditionell führt die brandenburgische DVU anlässlich des Totensonntags im November eine eigene Gedenkveranstaltung auf dem Friedhofsgelände von Halbe durch.

Kredite, Spenden, Steuergelder

Die DVU ist von Spenden und Krediten ihres Vorsitzenden abhängig. Während viele DVU-Wähler in der ideologischen Tradition der NSDAP von der "Brechung der Zinsknechtschaft" träumen, müssen die DVU-Mitglieder jährlich hunderttausende Euro Zinsen in die Privatschatulle ihres Chefs zahlen. Zur Finanzierung der Schulden werden auch Mitgliedsbeiträge, Spenden und die Rückerstattung der Wahlkampfkosten herangezogen. Als ihr Kreditgeber und Bundesvorsitzender übt Frey auf die Partei gleichermaßen unanfechtbare wirtschaftliche Macht und politischen Einfluss aus. Ohne Freys finanzielles Engagement wäre die DVU nicht handlungsfähig. Im aktuellen Rechenschaftsbericht der DVU für das Jahr 2001 hat Frey mit Abstand am meisten gespendet - 500.252,01 Mark. Im Jahr 2000 spendete er 1.007.752 Mark, im Jahr zuvor 1.065.524,79 Mark. 1997 brüstete er sich damit, er finanziere seine Partei auch: "Ich bin tatsächlich der einzige Parteivorsitzende seit Gründung der Bundesrepublik, der seine Partei finanziert" (zit. n. "Süddeutsche Zeitung" v. 11./12.12.2004, S.28), sagte er auf einer Pressekonferenz. Damals schuldete ihm seine Partei rund acht Millionen Mark.

Hat die DVU Zugriff auf Steuergelder, betreibt sie eine Vermischung von Politik und Geschäftemacherei ganz ungeniert. In Bremen hatte die DVU in den 90er Jahren für die Fraktionsarbeit 900.000 Mark aus Steuergeldern erhalten, 400.000 Mark hat sie "missbräuchlich verwendet" wie der Rechnungshof kritisierte - vor allem für die Finanzierung des Frey-Zeitungsverlages. Die Kieler DVU-Fraktion orderte aus Fraktionsmitteln für 100.000 Mark Blätter aus dem Frey-Verlag.

In regelmäßigen Abständen verschickt die DVU an ihren Adressatenstamm ein DIN-A5-"Werbeblatt" mit dem Titel: "Was soll einmal werden?": "In den nächsten fünf Jahren werden 1,8 Millionen Deutsche zu Erben. Eine Million Häuser wechseln die Besitzer. Aber längst nicht

alle haben jemanden, dem sie ihr sauer verdientes Erbe hinterlassen können. Viele haben in der deutschen Wehrmacht gedient, der tapfersten Truppe der Welt. Durch Anti-Wehrmachtsausstellungen, die von staatlichen Stellen gefördert werden, wird ihre Ehre in den Dreck getreten. Wer keine Nachkommen hat, läuft Gefahr, dass der Staat einmal Erbe wird. Aber auch unter Verwandten herrscht oft Zank und Streit. Großmütter und Großväter werden wegen ihrer Tapferkeit im letzten Krieg beschimpft, sie werden verleumdet wegen ihrer politischen Gesinnung.

Deshalb sollte man rechtzeitig Vorsorge treffen. Jedermann kann ein Testament beim Amtsgericht hinterlegen und darin genau festlegen, wer welches Vermögen einmal erben soll. Man kann auch Vermögenswerte aufteilen. Die DEUTSCHE VOLKSUNION hat sich immer für die Ehre der Soldatengeneration eingesetzt. Unsere Väter waren keine Verbrecher! Ihnen ist das großartige Aufbauwerk nach dem Krieg zu verdanken. Wer die DVU als Erbe oder Teilerbe einsetzen möchte, kann sich vertraulich an die DVU-Rechtsabteilung, Paosostr.2, 81243 München wenden. Und noch ein Hinweis: Die DVU ist von der Erbschaftssteuer befreit."

Ihr Erbe in einem Gesamtwert von 480.200 Mark hatten Ernst König (Jg. 1904), pensionierter Postbeamter aus Neunkirchen bei Bonn und seine Frau am 10. Oktober 1994 beim Notar Wolfgang Bache in Wuppertal an die DVU abgetreten. Frau König litt da bereits an Alzheimer. Im Juni 1995 ging das Haus der Königs an die DVU. 1996 starb Herr König. Die Tochter Vera Schäfer hatte Zweifel an der Gültigkeit der Verträge, die DVU bekam kalte Füße und zahlte einen Abfindungsbetrag von 135.000 Mark (Wedemeyer, Georg: Wie die Rechten abkassierten. Die DVU, Sammelbecken für Ewiggestrige und Neonazis, dient laut Kennern vor allem den Millionengeschäften ihres Vorsitzenden Gerhard Frey. In: "Stern", 33/1998, S.106 - S.108)

Frey und Hardcore-, Neo- u. Altnazis. Mosaiksteine

1977 übernahm Frey für den Chef der rechtsterroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG Hoffmann), Karl-Heinz Hoffmann, "in einem Akt nationaler Solidarität" (DNZ 35/77, S.10) eine Geldstrafe von 8.000 DM. Die WSG Hoffmann wurde 1980 vom Bundesminister des Innern verboten. Zuvor hatte der Neonazi Gundolf Köhler, der an paramilitärischen Übungen der WSG Hoffmann teilgenommen hatte, im gleichen Jahr das Sprengstoffattentat auf dem Münchner Oktoberfest, bei dem 13 Personen starben und 211 Personen zum Teil schwer verletzt wurden, verübt.

1986 veröffentlichte die antisemitische Hetzpostille "Bauernschaft" des notorischen Holocaustleugners Thies Christophersen, vormals SS-Sonderführer in Auschwitz und Autor der in der Bundesrepublik verbotenen "Auschwitz-Lüge", einen Brief von Frey an Christophersen. Im Brief fragt Frey an, ob er den ständig im Visier der Justizbehörden stehenden Christophersen "nicht durch Anwälte helfen kann", sein "Verhältnis zur Justiz in Ordnung zu bringen." Frey weiter: "Wenn ich bedenke, dass in der Bundesrepublik von roten Banden laufend alle möglichen Leute ermordet werden, ist es mir schwer begreiflich, dass irgendwelche Meinungsäußerungen von Ihnen offenkundig häufig zum Anlass von Strafverfahren genommen werden, obgleich Sie, wovon ich überzeugt bin, weder ein Feind oder auch nur ein Gegner von Staat, Gesellschaft oder System sind." Freys Rat: "Vielleicht empfiehlt sich eine doppelte Vorsorge: Wenn Sie alle Äußerungen von Belang vor Absendung oder Druck

von einem versierten politischen Strafverteidiger prüfen und erforderlichenfalls rechtzeitig korrigieren lassen wollten, wäre dem Ganzen präventiv die Spitze abgebrochen. Soweit aber Verfahren schweben, könnte gleichfalls versucht werden, eine Bereinigung durchzusetzen."

Parteiprogramm

Das Parteiprogramm ist vage formuliert und vermeidet weitgehend extremistische Formulierungen. Es entspricht nach Umfang und Inhalt nicht den Programmen anderer Parteien. Entworfen wurde das Programm Angaben von Frey zufolge maßgeblich von Theodor Maunz und Alfred Seidl. (Interview mit Gerhard Frey. In: "Aula", 6/1998, S.17)

Seidl war ehemals bayrischer CSU-Fraktionschef und ehemaliger bayerischen Innenminister. Er hatte sich als Verteidiger und Betreuer von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß einen Namen gemacht. Seidl galt über Jahrzehnte hinweg nicht nur als juristischer, sondern auch als politischer Berater der DVU. Der renommierte Jurist Maunz war Mitverfasser des Grundgesetzkommentars und zeitweilig bayrischer Kultusminister. Seine Freundschaft mit Frey enthüllte dieser erst nach dessen Tod. Gegen Frey wurden immer wieder Strafverfahren geführt, die dank der unentgeltlich arbeitenden Top-Juristen im Sande verliefen. Freundschaftliche Kontakte unterhielt Frey auch zu Reinhard Gehlen. Gehlen war bis 1968 Chef des Bundesnachrichtendienstes, vorher wirkte er im NS-Regime als Chef des Geheimdienstes "Fremde Heere Ost" im Generalstab des Heeres.

Die ideologischen und politischen Grundpositionen der DVU werden weniger in ihrem Parteiprogramm, als vielmehr in ihrer Zeitung deutlich. Im Parteiprogramm bekennt sich die DVU zwar formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Tatsächlich verbreitet sie jedoch in der "National-Zeitung" rechtsextremistisches Gedankengut.

(ii) Die National-Zeitung

Das ideologisch-politische Steuerungsinstrument der DVU stellt die im DSZ-Verlag in einer Auflagenhöhe von 44.000 Exemplaren erscheinende "National-Zeitung" (monatlicher Bezugspreis: 8,25 Euro) dar. Die NZ ist das Sprachrohr der DVU. Im Unterschied zum bewusst allgemein gehaltenen Parteiprogramm der DVU, das die rechtsextreme Grundhaltung der Partei zu verschleiern versucht, sprechen die reißerischen Schlagzeilen der NZ eine andere, entlarvende Sprache.

Die "National-Zeitung" vertritt eine rückwärts gewandte Perspektive, die immer wieder auf klassische, rechtsextreme Themenfelder zurückgreift und an die Ressentiments ihrer Leser appelliert. Juristisch gekonnt wird bei der Darstellung der rechtsextremen Positionen die Schwelle zur strafrechtlichen Relevanz nicht überschritten. Die NZ ist geprägt von Fremdenfeindlichkeit in Form einer permanent geführten rassistisch ausgeprägten Kampagne. Auf breiter Front schürt die NZ Vorurteile gegenüber Ausländern und Asylbewerbern. Straftaten oder Handlungen einzelner Ausländer werden ganzen Bevölkerungsgruppen angelastet und diese diffamiert. Ausländer werden pauschal als Bedrohung für den Bestand der Gesellschaft und für den sozialen Frieden in Deutschland dargestellt. Dem Leser wird so eine existenzielle

Bedrohung Deutschlands durch eine angeblich mit der Zuwanderung einhergehende "Überfremdung" suggeriert. Für diese Agitation nutzt die DVU vor allem den eventuellen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union sowie die EU-Osterweiterung.

Weiterhin ist die NZ geprägt von Antisemitismus, von der Relativierung und Infragestellung des Holocaust und der NS-Verbrechen, von Kriegsschuldleugnung, von der Agitation gegen Wiedergutmachungsforderungen, von Angriffen auf den demokratischen Rechtsstaat und seine Repräsentanten, die als korrupt und unfähig dargestellt werden und von der Verunglimpfung von Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland. Den politischen Entscheidungsträgern wird gebetsmühlenartig vorgeworfen, mit ihrer Politik gegen die Interessen des deutschen Volkes zu verstoßen, seine Existenz zu bedrohen oder gar als Handlanger ausländischer Mächte die Deutschen im eigenen Land zur Minderheit machen zu wollen. Verschwörungstheoretisch wird argumentiert, dass ein um die Machtzentren USA und Israel gruppiertes "Weltjudentum" nach Weltherrschaft strebe und aufgrund ihres dominierenden Einflusses in den USA die Welt- und Deutschlandpolitik bestimme.

Regelmäßig greift die NZ Tagesthemen auf und kommentiert diese auf der Grundlage langjährig entwickelter Feindbilder wie der "kriminellen Asylbewerber", der "faulen Polen" oder der "die Deutschen erpressenden Juden". Die NZ druckt immer wieder umfangreiche Artikel ab, die die Eskalation des Nahost-Konflikts betreffen und sich einzig gegen die Politik Israels richten.

Am Ende von Artikeln wird in der NZ regelmäßig auf entsprechende "weiterführende" Publikationen des Frey-Medienimperiums hingewiesen. Politik und Geschäft gehen Hand in Hand.

Schlagzeilen der "National-Zeitung" im Jahr 2004

- "Millionen Türken wollen nach Deutschland. In Slums warten sie auf den EU-Beitritt." (1-2/2004)
- "Wie die Deutschen die Türken durchfüttern sollen." (3/2004)
- "Keine frohe Botschaft aus dem Heiligen Land. Scharon setzt seinen Vernichtungsfeldzug fort." (3/2004)
- "Wie kriminell ist Friedman? Die „Moral“ des Deutschenhassers." (3/2004)
- "Raubritter in der Politik. Wie sie unser Volk ausplündern." (4/2004)
- "Wird Deutschland türkisch? Wenn Ankara der EU beitritt..." (5/2004)
- "Korruptions-Saustall bei Politikern. Und solche Abzocker verlangen Opfer vom Volk!" (5/2004)
- "Verrat an Deutschland. Wie EU-Beitritt der Türkei erschlichen wird." (6/2004)
- "Kein Gedenktag und kein Mahnmal. Die Deutschen sind bis heute Opfer zweiter Klasse." (7/2004)
- "Sollen Ausländer die Deutschen ersetzen? Was das neue Zuwanderungsgesetz wirklich bringt." (8/2004)
- "Der Holocaust von Dresden" (8/2004)
- "Wie Herr Kohn zu Mister Kerry wurde ... Die jüdischen Wurzeln des US-Präsidentschaftsbewerbers" (9/2004)
- "Wenn die Türkei in die EU kommt: Geht Deutschland unter?" (10/2004)

- "Freie Fahrt für Kriminelle? EU-Osterweiterung und die Folgen." (11/2004)
- "Übernehmen Türken Deutschland? Schröder & Co. wollen noch mehr reinholen." (11/2004)
- "Noch mehr Milliarden für Türken. Wie Deutschland für ihren EU-Beitritt blechen muss." (12/2004)
- "Ist die Wahrung eigener Rechte Antisemitismus?" (14/2004)
- "Wird Deutschland zweites Israel? Masseneinwanderung von Juden." (15/2005)
- "Haben wir keine anderen Sorgen? NS-Dokumentationszentrum in München geplant." (15/2004)
- "Müssen wir Israel lieben? Was die jüdische Lobby von uns verlangt." (16/2004)
- "Müssen die Deutschen ewig büßen? Wie ein Volk geknechtet wird." (17/2004)
- "Ewig für Hitler büßen?" (17/2004)
- "Sind wir alle Judenhasser? Der erfundene Antisemitismus." (20/2004)
- "Fischers neue Kleider. Neokoloniale Außenpolitik im Dienste Israels und Amerikas." (20/2004)
- "Kommen Millionen Zigeuner? Die verschwiegenen Folgen der EU-Erweiterung." (22/2004)
- "Der Halbmond über den Deutschen ... Wie groß sind die Gefahren einer Islamisierung Mitteleuropas?" (23/2004)
- "Invasion von Sozialhilfe-Empfängern aus Osteuropa" (24/2004)
- "Hätte die Invasion abgewehrt werden können? Die eigene Niederlage feiern: Neue Demütigung für Deutschland" (24/2004)
- "War das wirklich >Befreiung<? Die Lügen über die Invasion." (25/2004)
- "Ruiniert uns die EU-Osterweiterung? Millionen auf Armutswanderung." (25/2004)
- "Schröder beleidigt deutsche Frontsoldaten. Was sich der Kanzler bei der Invasions-Feier leistete." (26/2004)
- "So rüstet Deutschland Israel auf. Wofür unser Staat immer noch Geld hat." (26/2004)
- "Wie Ausländer-Banden Deutschland terrorisieren." (27/2004)
- "Michael Wittmann und die „Tiger“ der Waffen-SS. Fesselndes Buch über den erfolgreichsten Panzerkommandanten des Zweiten Weltkrieges." (29/2004)
- "Für Türken Milliarden, für Deutsche nichts! Wohin unser Geld fließt." (31/2004)
- "Schandfleck Holocaust-Denkmal" (31/2004)
- "Kriminelle Ausländer raus!" (32/2004)
- "Herein, wenn es ein Jude ist! Kohls Werk: „Kontingentjuden“-Einwanderung" (32/2004)
- "Genug ist genug, Herr Pflüger! Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion betreibt Israel-Lobbyismus auf unterstem Niveau." (32/2004)
- "Geheimakte Rudolf Hess. Die neuen Erkenntnisse." (33/2004)
- "Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" (34/2004)
- "Halbmond über Deutschland? Warum die Türkei nicht in die EU gehört." (34/2004)
- "Noch mehr Milliarden an die EU! Und den Deutschen wird das Geld gestrichen..." (36/2004)
- "Schröder - wie lange noch? Seine Politik gegen die Deutschen." (37/2004)
- "Ewig büßen für Hitler? Warum man den >Führer< nicht ruhen lässt." (39/2004)
- "Sprengt die Türkei die EU? Was auf die Deutschen zukommt." (39/2004)
- "Erlässt Deutschland dem Irak Milliarden-Schulden? Warum für unsere Arbeitslosen kein Geld mehr da ist..." (39/2004)

- "Warum werden nur die Besiegten verfolgt? Angeblich letzter Kriegsverbrecherprozess in München." (40/2004)
- "Wie Rudolf Heß den Frieden retten wollte. Sensationelle Film-Dokumentation enthüllt die Hintergründe seines England-Fluges." (40/2004)
- "Türkei in der EU? Oh Gott! Der Wahnsinnsplan des Günter Verheugen." (41/2004)
- "Der Friedensflug von Rudolf Heß" (42/2004)
- "Kein Sparstrumpf ist mehr sicher. Politiker planen neuen Raubzug." (43/2004)
- "Bringen die Türken die EU zum Platzen? Kosten, Lasten, Wahnsinns-Pläne." (43/2004)
- "Zermürbung die Taktik - Landraub das Ziel. Israel plant die Vernichtung des palästinensischen Volks." (43/2004)
- "Deserteur-Ehrung in Halbe? Was Bewältiger treibt." (43/2004)
- "Wer war Hitler wirklich? Sensationelle Aufzeichnungen seines engsten Vertrauten." (44/2004)
- ">Die Ehre der deutschen Nation über alle Himmel Europas getragen<. Zum 60. Todestag des Jagfliegerassess Walter Nowotny." (44/2004)
- "Wird Deutschland türkisch? Die Folgen einer EU-Mitgliedschaft Ankaras." (45/2004)
- "Joschka Fischer schon wieder auserwählt. Die jüdisch-zionistischen Auszeichnungen des Außenministers." (45/2004)
- "Kommen 10 Millionen Türken? Warum Ankara EU-Mitglied werden will." (46/2004)
- "Halbmond über Deutschland? Warum die Türkei nicht in die EU gehört." (46/2004)
- "Verratenes Europa. Das Abendland vor dem dritten Türkensturm." (46/2004)
- ">Befreiungs<-Lügen widerlegt. Die Wahrheit über den 8. Mai 1945." (46/2004)
- "Neuer >Aufstand der Anständigen<? Zentralratschef Spiegel hetzt gegen DVU und NPD." (48/2004)
- "Der Volkstod droht." (50/2004)
- "Beherrscht die Türkei bald Europa?" (50/2004)
- "Millionengrab für Steuergelder. Jüdisches Gemeindezentrum in München wird teuer." (50/2004)
- "Schindler`s List- Swindler`s List..." (50/2004)
- "Ikone des Shoah-Business entzaubert. Oskar Schindler: Viel List, wenig Liste" (51/2004)
- "Davidsternstunden im Deutschen Bundestag. Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe des Hohen Hauses" (Nr. 51/2004)
- "Jetzt kommen die Türken!" (53/2004-1/2005)
- "Eine Million türkische Zigeuner nach Deutschland? Was aus einer EU-Mitgliedschaft der Türkei auch noch folgen kann." (53/2004-1/2005)
- "Der Holocaust an den Deutschen. Dramatische Neuerscheinung im FZ-Verlag." (53/2004-1/2005)
- "Immer neue jüdische Ansprüche." (53/2004-1/2005)
- ">Das letzte Jahr der Waffen-SS< Fesselnde Bilddokumentation über die Abwehrkämpfe 1944/45." (53/2004-1/2005)

(iii) Wahlerfolge

Charakteristisch für die Wahlkampfstrategie der DVU sind die **materialaufwändigen, zielgruppenorientierten Wahlkampagnen**. Die Teilnahme an Wahlen selbst wird einer

strengen Kosten - Nutzen -Analyse unterzogen. Ist das Unternehmen "Einzug ins Parlament" erfolgreich gewesen und so die höchstmögliche "Gewinnmaximierung" erreicht, zeigt die Parteiführung nur noch geringes Interesse an politischer Basisarbeit im entsprechenden Bundesland.

DVU-Gastspiele in Landtagen waren bislang -abgesehen von Brandenburg und Bremen- auf eine Wahlperiode beschränkt. Die Fraktionen erwiesen sich als vollkommen politikunfähig. Es gab schnell Streit, Schlagzeilen über Inkompetenz und Selbstbereicherung. In Schleswig-Holstein fiel die Fraktion nach einem Jahr auseinander. In Sachsen-Anhalt verteilten sich die ursprünglich 16 Abgeordneten zuletzt auf drei Fraktionen, von denen jede das DVU-Erbe reklamierte.

In Brandenburg ist die DVU seit 1999 im Landesparlament vertreten. 5,28 Prozent (58.225 Wählerstimmen) sicherten den Einzug von fünf Abgeordneten. Über die Aufstellung der DVU-Kandidatenliste zum Landtag berichtete das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (23/1999, S.50f): "An einem Sonntag Ende März trommelte Frey in der Gaststätte „Schützenhof“ in Berlin-Spandau seine Gefolgsleute aus den neuen Ländern zusammen. Mit 16 Bussen fuhren die rund 400 Frey-Gänger, darunter 50 Brandenburger, vor. Einer schaffte es nicht einmal zum ersten Bier. Als der Glatzkopf den „Hitler-Gruß“ entbot, schlug eine Berliner Spezialeinheit der Polizei vor dem Lokal zu. Drinnen traf der für seine cholerischen Auftritte gefürchtete Millionär Frey selbst die Auslese der Landtagskandidaten. In einem Nebenglass, so berichtet ein DVU-Mitglied, empfing er die Aspiranten zum Privatissimum. Vor allem eines wollte er von seinen ostdeutschen Kadern wissen: ob sie Kontakt zur Stasi hatten. Der DVU-Boss hat offenbar aus der blamablen Demontage seiner Truppe im Magdeburger Landtag - darunter ein Tierquäler und ein vermuteter Stasi-Mann- gelernt. Diesmal setzt er mehr auf unauffällige Kleinbürger. Nach der Examinierung verlas ein Frey-Gehilfe dem versammelten Publikum die 18 Namen, die beim Chef Gnade gefunden hatten. Die Gefolgsleute applaudierten und segneten die Liste ab. „Eine geheime Wahl war das nicht“, sagt ein DVU-Mann."

Die zentrale Wahlkampf aussage der DVU lautete: "Diesmal Protest wählen! - Die Partei für die Deutschen in Brandenburg". An Laternenmasten und Stelltafeln wurden zehntausende Plakate mit Parolen wie "Ausländerrückführung statt Integration!", "Arbeit zuerst für Deutsche!" oder "Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze!" verklebt. Außerdem verschickte die DVU über eine Million Postwurfsendungen, gespickt mit Anschreiben, Flugblättern, Handzetteln und Aufklebern. Der Wahlkampf hat 2,5 Millionen Mark gekostet. Um Ähnlichkeiten mit amtlichen Schreiben der Wahlbehörden vorzutäuschen, versah die DVU ihre Postwurfsendungen mit Zusätzen wie "Persönliche Zustellung. An die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg: Wichtige Unterlagen zur Wahl zum Landtag". Vier Wochen vor der Wahl wurde das "DVU-Wahlprogramm Brandenburg 1999" veröffentlicht. Es war beherrscht von nationalistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit: Die Ausländer- und Asylproblematik wurde als Ursache und Katalysator für alle politischen Probleme des Landes dargestellt. Damit sollten Politikverdrossenheit und Sozialneid in der Wählerschaft geschürt werden. Ein tatsächlicher Bezug zur Landespolitik war im Wahlprogramm nur in Spurenelementen erkennbar.

Auffällig war, dass die DVU in den östlichen Regionen, also nahe oder in den Grenzregionen

zu Polen, durchschnittlich besser abgeschnitten hat, als in anderen Landstrichen Brandenburgs. In 22 von insgesamt 44 Wahlkreisen lag der Stimmenanteil der DVU über dem Gesamtergebnis. Über sieben Prozent holte die Frey-Partei in vier Wahlkreisen: Märkisch-Oderland 7,4 Prozent, Oberspreewald-Lausitz I 7,2 Prozent, Spree-Neiße III 7,1 Prozent, Elbe-Elster II 7,1 Prozent.

Während ihrer ersten Wahlperiode brachte die DVU 259 Anträge, Gesetzesentwürfe und Änderungsanträge ein. "Es ist der Versuch, die Ministerien lahm zu legen", stellte Landtagspräsident Herbert Knoblich fest. (zit. n. dpa/Frankfurter Rundschau v. 20. September 2004) Viele dieser Anträge befassen sich mit so unverdächtigen Themen wie der Reform der Justizausbildung oder dem kostenlosen Schülertransport. Immer wieder aber entlarvten sie die wahre Gesinnung der Rechtsextremisten. So beantragte die Fraktion die Einführung des finalen Todesschusses im Polizeirecht oder sie plädierte für die Todesstrafe für Kindererschänder. Gefragt wurde nach der Anzahl der Drogendealer im Land und wie viele davon sind Ausländer. Wie viele ausländische Straftäter sitzen in Brandenburger Gefängnissen? Wie viele Kosovo-Flüchtlinge leben im Land? Was kosten die Asylbewerber? Gefordert wurde ein "Sprachschutzgesetz". Gefordert wurde auch die Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz - allerdings gibt es das Amt nicht, weil der Verfassungsschutz in dem Bundesland eine Abteilung des Innenministeriums ist. Zudem weigerten sich die DVU-Abgeordneten am 27. Januar 2000, dem Holocaust-Gedenktag, an einer Gedenkveranstaltung des Landtages im ehemaligen KZ Sachsenhausen teilzunehmen. Der brandenburgische Landtag gedachte dort der von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma. In einer Presserklärung vom 4. Mai 2004 äußerte sich die DVU-Fraktion zur EU-Osterweiterung: "Fast das gesamte angestammte Siedlungsgebiet des deutschen Volkes" sei nun in der Europäischen Union vereinigt. Dazu die DVU-Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth: "Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt ..., und für Nord-Ostpreußen findet sich auch noch eine Lösung." (zit. n. "Die Welt" v. 16. September 2004) Noch peinlicher geriet der Auftritt von Hesselbarth in einem Interview des privaten TV-Senders RTL kurz nach der Landtagswahl. Im Interview wusste sie keine Antwort auf die Frage, wie viele Bundesländer die Bundesrepublik hat. Stattdessen ging sie wortlos aus dem Bild.

Im Gegensatz zu den bisherigen DVU-Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein blieb die DVU-Fraktion in Brandenburg zusammen. Medienträchtigen Wirbel verursachte jedoch Matthias Canis, zeitweilig Fraktionsgeschäftsführer, der ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten war. Das Verfahren gegen ihn wurde von der Hannoveraner Staatsanwaltschaft nach Zahlung einer Geldauflage eingestellt. Canis soll den Zentralrechner des Landtages für den Handel mit Kinderpornos verwendet haben.

Bei der Kommunalwahl in Brandenburg am 26. Oktober 2003 trat die DVU in sieben der 18 Wahlkreise mit eigenen Kandidaten an. Die DVU gewann insgesamt acht Sitze in sechs Kreistagen und einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung der kreisfreien Stadt Potsdam. Ihre besten Ergebnisse erreichte sie im Süden Brandenburgs.

Bei der Landtagswahl (Wahlbeteiligung: 56 Prozent) am 19. September 2004 erzielte die DVU 6,1 Prozent. Der DVU-Landesvorsitzende Sigmar-Peter Schuldt und die DVU-Fraktionsvorsitzende Hesselbarth erklärten ihren Wahlerfolg in ARD-"Interviews" am Wahlabend mit dem

Kommentar "Schnauze voll". Ihr Spitzenergebnis erreichte die DVU in Hirschfelde im Elbe/Elster-Kreis mit 25,8 Prozent. Von der DVU hatte sich während des Wahlkampfes keiner der Kandidaten in Hirschfelde sehen lassen. Im Dorf Grünwald wurde die DVU mit 23,5 Prozent zweitstärkste Partei. In Lauchhammer holte die DVU 12,7 Prozent. Zwei DVU-Mitglieder aus der Stadt sitzen dort seit 2003 im Kreistag. Aufgefallen sind sie nicht. "Sie haben keine einzige Vorlage eingebracht", sagt Kreistagschef Wolf-Peter Hannig (PDS). (zit. n. "Berliner Zeitung" v. 21. September 2004)

Der Wahlkampf von DVU und NPD in Brandenburg und Sachsen hatte hauptsächlich auf die im Osten besonders ausgeprägte Proteststimmung gegen die Sozialreformen / Hartz IV abgezielt. Während jeweils 59 Prozent aller Sachsen und Brandenburger die Reformen der Bundesregierung für falsch halten, sind dies unter NPD-Anhängern 84 Prozent sowie unter DVU-Anhängern 83 Prozent. Interessant am Rande: Zur Wahl der DVU hatte der Landesvorstand der Berliner Republikaner unter dem Vorsitzenden Reinhard Haese aufgerufen.

Auch in Brandenburg ist die DVU eine virtuelle Partei. Der Wahlkampf des 230 Mitglieder zählenden DVU-Landesverbandes Brandenburg war weitgehend ohne personelle Präsenz auf Straßen und Plätzen. "Wir haben keine Zeit für Wahlstände und auch keine Lust, uns von Chaoten bedrohen zu lassen", sagte der DVU-Kreistagsabgeordnete Arnold Graf aus Lauchhammer einer Lokalzeitung. (zit. n. "Lausitzer Rundschau" v. 10. September 2004) 97.000 Plakate ("Quittung für die Bonzen", "Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze", "Sauerei - Wehrt Euch", "Schnauze voll") wurden geklebt - etwa so viele, wie die anderen Parteien zusammen. Vor allem bei der Jugend kam dies an; sowohl in Brandenburg als auch in Sachsen. Dort plakatierte die NPD ähnliche platte Sprüche.

In Sachsen erreichte die NPD bei den 18- bis 29-Jährigen Männern 21 Prozent, bei allen unter 35-Jährigen mit Hauptschulabschluss sogar 26 Prozent aller Stimmen. Aber auch bei den unter 30-Jährigen insgesamt schnitt die NPD im Freistaat mit 18 Prozent und die DVU in Brandenburg mit 14 Prozent besonders gut ab. Bei den Arbeitslosen kam die NPD auf 18 Prozent und die DVU auf 13 Prozent. In der Gruppe der Arbeiter erzielte die NPD 14 Prozent und die DVU 10 Prozent aller Stimmen. Wie schon in der Vergangenheit finden beide Parteien bei Männern deutlich mehr Unterstützung als bei Frauen. Das soziale Profil der Wähler der Rechtsextremen in Brandenburg und Sachsen ist ähnlich. Sie verfügen über eine geringe formale Bindung, sind oft ungelernte Arbeiter, außerdem sind überdurchschnittlich viele Arbeitslose, sowie Erst- und Jungwähler darunter. Auch wenn sich Organisationsstruktur und Auftreten der NPD in Sachsen und der DVU in Brandenburg unterscheiden, zeigt die Wählerschaft nach einer Analyse der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen doch auffällige Parallelen. Sowohl bei den DVU- als auch bei den NPD-Anhängern fühlen sich weit überdurchschnittlich viele in ihrem Leben benachteiligt, in Brandenburg sehen 88 Prozent der DVU-Anhänger und in Sachsen 96 Prozent der NPD-Anhänger in den in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen eine "Überfremdungsgefahr". Trotz des im Osten relativ niedrigen Ausländeranteils meint in beiden Lagern eine überwältigende Mehrheit, dass es in der Bundesrepublik zu viele Ausländer gebe.

Auf der konstituierenden Fraktionssitzung am 22. September 2004 wurde Hesselbarth, stellvertretende Landesvorsitzende in Brandenburg, Beisitzerin im Bundesvorstand, in ihrem

Amt bestätigt. Den DVU-Landesvorsitzenden Sigmar-Peter Schuldt wählte die Fraktion zum parlamentarischen Geschäftsführer. Schuldt wurde 2001 vom Amtsgericht Brandenburg an der Havel wegen Nötigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 3.400 Euro verurteilt. Er hatte einen Falschparker mit einer Gaspistole bedroht.

Schlagzeilen lieferte im November 2004 Thilo Kabus, Sprecher der DVU-Fraktion. Die Koalitionsfraktionen lehnten den von der DVU vorgeschlagenen Kabus als Mitglied des Jugendhilfeausschusses ab. Kabus, bekennender "naturreligiöser Heide", hatte erst 2003 seine fast 20-jährige NPD-Mitgliedschaft beendet. Seitdem favorisiert der Alte Herr der burschenschaftlich orientierten Pennalkorporation "Erste Berliner Schülerverbindung Iuvenis Gothia" ein Modell namens "AnarchoNationalismus". Kabus war vom Herbst 1992 bis Oktober 1998 Vorsitzender der NPD Brandenburg und kandidierte zu den Bundestagswahlen 1998 für die NPD. Von 1989 bis 1990 war er Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten.

(iv) Internationale Kontakte

Wladimir Schirinowskij

Seit über zehn Jahren unterhält die DVU intensive Kontakte zu Wladimir Schirinowskij und dessen rechtsextremer "Liberaldemokratischen Partei Russlands" (LDPR). Die 1991 gegründete LDPR erzielte bei den russischen Parlamentswahlen im Dezember 2003 11,8 Prozent. 1992 war Schirinowskij umjubelter Redner bei der DVU-Saalveranstaltung in Passau. Zuvor nahm Gerhard Frey jun. auf Einladung der LDPR an deren Parteitag im April 1992 in Moskau teil. Frey sen. war 1994 Gast des LDPR-Parteitages. Schirinowskij und Frey haben in ihrer fünf Punkte umfassenden "Moskauer Erklärung" vom 29. Juni 1994 neben der Bekräftigung der Freundschaft zwischen Russen und Deutschen auch nationalistischen Forderungen Ausdruck verliehen.

Die brandenburgischen DVU-Landtagsabgeordneten Sigmar-Peter Schuldt (DVU-Landesvorsitzender in Brandenburg und Parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer) und Markus Nonninger nahmen am 21./22. Februar 2004 auf Einladung von Schirinowskij (in dessen Funktion als Vize-Präsident der russischen Staatsduma) am Zweiten Welt-Kongress der europäischen und asiatischen patriotischen Parteien in Moskau teil. Angaben der DVU zufolge fand die von der DVU-Delegation vertretene Meinung, dass die Türkei "nicht in die Europäische Union gehört, den ungeteilten Beifall aller Kongressteilnehmer." (www.dvu-fraktion-brandenburg.de)

Wladimir Daschitschew

Ein besonders enges Verhältnis pflegt die DVU zu Wladimir Daschitschew. Daschitschew war Gastredner beim Landesparteitag der DVU in Brandenburg am 27. Juni 2004 und ist regelmäßiger Autor und Interviewpartner der "National-Zeitung". Daschitschew war 1988/1989 einer der Deutschland-Berater des russischen Präsidenten Michael Gorbatschow. Zeitgleich war er Leiter der Abteilung für internationale Probleme im Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Systems (1972 bis 1990) und Vorsitzender des wissenschaftlich beratenden

Beirates beim Amt der sozialistischen Länder des Außenministeriums (1987 bis 1989). Daschitschew hat mit verschiedenen Denkschriften die sowjetische Deutschlandpolitik maßgeblich mit beeinflusst. Nach 1990 war Daschitschew, Mitglied der Moskauer Akademie der Wissenschaften, als Gastprofessor an der FU Berlin und den Universitäten in München und Mannheim tätig. Zeitgleich begann auch sein Engagement in ultrarechten bis rechtsextremen Kreisen in der Bundesrepublik Deutschland. Gerngesehen als Referent ist Daschitschew bei der rechtsextremen "Gesellschaft für freie Publizistik" (GFP). Zuletzt referierte er beim GFP-Jahreskongress im Frühjahr 2004.

Die 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NS-Funktionären gegründete GFP ist die mitgliederstärkste rechtsextreme "Kulturvereinigung" und das größte überparteiliche Sammelbecken von rechtsextremen Verlegern, Redakteuren, Publizisten, Schriftstellern und Buchhändlern in der Bundesrepublik. Die GFP will vor allem "Aufklärungsarbeit" leisten, um die angeblich verzerrte Darstellung der Zeitgeschichte zu korrigieren. Alljährlich wird von der GFP die "Ulrich-von-Hutten-Medaille" an verdiente Kampfgefährten verliehen. Zu den bisherigen GFP-Preisträgern gehören u. a. der frühere NSDAP-Reichstagsabgeordnete Werner Kuhnt, Wilfred von Oven, letzter Adjutant von NS-Reichspropagandaminister Joseph Goebbels und der rechtsextreme Verleger Wigbert Grabert.

(v) Frey und die NPD

Die von den Medien im Herbst 2004 als Sensation verkaufte Meldung eines "Schulter-schlusses von Frey mit der NPD" ist eigentlich ein alter Hut. "Sie küssten und sie schlugen sich" - so lässt sich die Beziehung zwischen Frey und der NPD am besten charakterisieren.

1969 bemühte sich Frey um ein etwaiges Direktmandat der NPD für den Einzug in den Bundestag, wird aber erst gar nicht aufgestellt. 1975 wurde er Mitglied der NPD und kandidierte für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, wurde jedoch lediglich Beisitzer des Bundesvorstands und trat 1979 wieder aus der NPD aus. 1986 kam es zum dritten Annäherungsversuch Freys mit der NPD. Im März 1987 gründete Frey in München die "Deutsche Volksunion - Liste D" und ließ sich zu deren Bundesvorsitzenden wählen. Absprachen zwischen Frey und der NPD zufolge sollten die Parteien künftig bei Wahlen nicht miteinander konkurrieren, um der Zersplitterung des rechten Wählerpotentials zu begegnen. Die jeweils aussichtsreichere der beiden sollte an den Start gehen, wobei die Mitglieder der anderen Partei in die Wahllisten aufgenommen werden sollten. Unter Einsatz erheblicher Werbemittel zog die Partei noch im gleichen Jahr in die Bremer Bürgerschaft ein. Schon bald endete jedoch aufgrund inhaltlicher Querelen und wachsender persönlicher Widerstände gegen seine Person auch dieser Kooperationsversuch mit der NPD. 1991 setzte Frey der Zusammenarbeit auf dem Bundesparteitag in Passau durch die Streichung des Zusatzes "Liste D" aus dem Parteinamen ein Ende. Seither tragen Verein und Partei übereinstimmend die Kurzbezeichnung DVU.

(vi) Auf dem Weg zur "Nationalen Rechten?"

Die überwiegende Mehrheit der Basis der in sich zersplitterten rechtsextremen Organisations- und Parteienlandschaft fordert ihre Führungsgrößen seit Jahren zu gemeinsamen Wahlabsprachen- und Bündnissen auf. Die Wahlabsprachen zwischen DVU und NPD tragen dem Rechnung.

Ungeachtet der bislang ausgeprägten Zwißtigkeiten zwischen den Führungsgrößen des bundesdeutschen Rechtsextremismus marschieren Mitglieder und Sympathisanten der rechtsextremen Szene einhellig bei Demonstrationen Hand in Hand. Mit dabei sind DVU-Mitglieder- Sympathisanten und Wähler.

So demonstrierten Mitglieder der DVU am 13. Februar 2004 zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens wiederholt gemeinsam mit anderen Rechtsextremisten, so u. a. mit Funktionären, Mitgliedern und Sympathisanten der NPD, REP, der "Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) sowie mit Angehörigen der neonationalsozialistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene.

Mitglieder der DVU waren beteiligt, als Rechtsextremisten aus Kreisen der NPD, der REP, der Deutschen Partei und der neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene aus dem Raum Dresden am 24. April 2003 das "Nationale Bündnis Dresden e.V." (NB) als eine gemeinsame Wahlplattform für die Kommunalwahlen 2004 in Dresden gründeten. Ziel der Vereinsgründung war, eine weitere "Zersplitterung der nationalen Opposition" zu verhindern und die nationalen Kräfte in Dresden zu bündeln. Zum NB-Vorsitzenden wurde der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel gewählt. Beisitzer wurde u. a. der DVU-Kreisschatzmeister Harald Zander. Die NPD-Parteipostille feierte den "nationalen Schulterschluss" als "Erfolg versprechendes Projekt". ("Deutsche Stimme", Juli 2003, S.11)

Bei den Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 erzielte das Bündnis 4 Prozent (= 3 Sitze im Dresdner Stadtrat). In einer Erklärung zu den Kommunalwahlen sprach das Bündnis von einer "bundesweiten Signalwirkung", die nun eintreten werde: "Es wird deutlich, dass Patrioten Erfolg haben können, wenn das Trennende überwunden wird und endlich nicht mehr kleinkarierte Parteiinteressen, sondern Interessen der Bürger im Mittelpunkt stehen. Daran ändern auch Distanzierungsversuche von Möchtegernpolitikern nichts, die mit ihrem kleingeistigen Abgrenzungswahn Wahlerfolge der nationalen Rechten krampfhaft zu verhindern versuchen." (www.nationales-buendnis-dresden.de)

Gemeinsame Erklärung von DVU und NPD

Am 23. Juni 2004 verabschiedeten die Parteivorstände von DVU und NPD eine gemeinsame Erklärung: "Die Parteivorstände von DVU und NPD haben angesichts der zunehmenden Überfremdung und der sozialen Verarmung der Deutschen beschlossen, sich bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern. Die Vorstände empfehlen den nationalen Wählern, in Brandenburg der DVU und in Sachsen der NPD ihre Stimme zu geben. ... Das Ziel 2004 ist, im September in beiden Ländern nationale Abgeordnete ins Parlament zu bringen."

Die Wahlabsprache zwischen DVU und NPD kommentierte Hesselbarth in einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift "Nation & Europa" mit den Worten: "Das jüngste Abkommen zwischen Deutscher Volksunion und den Nationaldemokraten ist nach meinen Beobachtungen im gesamten rechten Lager mit Freude aufgenommen worden, während sich die Vertreter der feindlichen Feldpostnummern mächtig geärgert haben. Das allein schon zeigt, wie sinnvoll und richtig es ist, auch langfristig nach dem Prinzip zu verfahren: Rechte schießen nicht auf Rechte." (Interview mit Liane Hesselbarth. In: "Nation & Europa", September 2004, S.43 - 45; hier: S.44f)

Nach den rechtsextremen Wahlerfolgen am 19. September 2004 fand am 22. September das erste Sondierungsgespräch zwischen Frey und dem seit 1996 amtierenden NPD-Vorsitzenden Voigt in Berlin statt. Sie kamen, so eine Presseerklärung der DVU überein, "dass beide Parteien auf Dauer zusammenwirken und darauf hinarbeiten, dass jeweils nur eine nationale Liste zu Landtagswahlen, zur Bundestagswahl und zur Europawahl antritt."

In seiner Rede beim NPD-Bundesparteitag am 30. Oktober 2004 im thüringischen Leinefelde erklärte Voigt vor 160 Delegierten: "Es wird eine absolut gleichberechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit geben. Beide Parteien werden weiterhin bestehen bleiben und künftig Wahlabsprachen bzw. gemeinsame Listen oder Listenverbindungen dort anstreben, wo dies wahlrechtlich möglich ist. ... Wir haben uns bereits jetzt im Grundsatz darauf verständigt und die Zustimmung unserer Vorstände eingeholt, dass zur Bundestagswahl 2006 der Listenführer die NPD sein wird, Dr. Frey und weiter zu benennende Führungskräfte der DVU sind dann bereit auf den NPD-Listen zu kandidieren. Umgekehrt wird dann die DVU zur Europawahl 2009 der Listenführer mit Kandidaten der NPD auf der DVU-Liste sein. Über die zwischenzeitlich stattfindenden Landtagswahlen wird eine ähnliche Übereinkunft angestrebt. Nach rechtlichen Klärungen müssen dazu aber noch Gespräche mit den einzelnen Landesverbänden geführt werden und der Vorstand, den Sie heute wählen, muss dieser Regelung dann zustimmen."

Am Folgetag redete Frey und rief dazu auf, einen "größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus", mit denen die DVU "nichts zu tun" habe, zu halten. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Voigt erklärte Frey gegenüber der Presse, beide Parteien seien sich in den Grundzielen einig. Unterschiede interessierten ihn nicht. Wichtig sei es, auch künftig bei Wahlen solche Erfolge wie zuletzt in Sachsen und Brandenburg zu erzielen. ("Nachrichtendienst" des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen, 10/2004, S.26)

(vii) DVU und NPD nach ihren Wahlerfolgen: Volksfront von rechts?

Der Schulterchluss zwischen DVU und NPD birgt Konfliktpotenzial, das innerhalb von DVU und NPD heftige Auseinandersetzungen hervorrufen könnte. "Die Zusammenarbeit mit der NPD würde uns schaden", erklärte der Vizefraktionsvorsitzende der DVU im Potsdamer Landtag, Michael Claus, im November 2004: "Ich lehne solch ein Bündnis ab. Es würde viele Wähler abschrecken." (zit. n. "Der Spiegel", 47/2004, S.17)

In der NPD selbst stehen sich Mitglieder gegenüber, die entweder eine Zusammenarbeit mit Neonazis bzw. Wahlbündnisse mit der DVU akzeptieren oder sie für abträglich halten.

Im November 2004 veröffentlichte Jürgen Schwab, bis Sommer 2004 führender NPD-Parteiideologe und Vorsitzender des NPD-Arbeitskreises "Volk und Staat" beim Parteivorstand, ein Positionspapier namens "Die NPD und ihr >Staat<". O-Ton Schwab: "Ob der neuen Bürgerkriegsopposition (>Volksfront von rechts<) auf Dauer Erfolg beschieden sein wird, muss abgewartet werden. Diese aufgeblasene Anti-Antifa, die von Gerhard Frey bis Thomas Wulf reicht, zeigte schon während des zurückliegenden NPD-Parteitags deutliche Risse. Zwischen DVU->Ehrenbund Rudel< und NPD->Freien< besteht zwar ewiggestrige Wesensverwandtschaft, aber die Mentalitätsunterschiede treten doch überdeutlich zutage. Der Krawattenträger Frey und der Mann mit der Schiebermütze Wulff passen irgendwie nicht recht gemeinsam ins Bild."

Fakt ist, dass es unwahrscheinlich erscheint, dass sich die Spitzen der NPD sowie die zentralistisch von Frey gelenkte DVU dauerhaft auf einen gemeinsamen Kurs einigen können. Zurzeit werden die Gegensätze, die zwischen beiden Parteien bestehen, von der Euphorie überdeckt, die die Wahlerfolge in Sachsen und Brandenburg hervorgerufen haben.

Die von Voigt kurz nach den für DVU und NPD erfolgreichen Landtagswahlen in einem Interview mit der "Jungen Freiheit" offen dargelegten Ziele der NPD, die u. a. auf einen revolutionären Sturz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik hinauslaufen, gehen in ihrer Radikalität deutlich über die von der DVU propagierte Form des Rechtsextremismus hinaus.

O-Ton Voigt: "Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne. ... Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können." (Interview mit Udo Voigt. In: "Junge Freiheit", 40/2004, S.3)

Während die NPD die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik in Bausch und Bogen verdammt und in einem IV. Reich ihr Heil erblickt, heißt es im Partei-Programm der DVU: "Die Deutsche Volksunion (DVU) bekennt sich vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist. Die Verwirklichung der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Verfassungsziele ist für die DVU oberstes Gebot."

In den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der DVU heißt es: "Seit Gründung der Deutschen Volksunion als e.V. im Jahr 1971 und erst recht als Partei 1987 fassen Bundesvorstand und Bundesparteitag immer wieder Unvereinbarkeitsbeschlüsse insbesondere gegenüber verfassungsfeindlichen, rechtsbrecherischen, gewalttätigen, aber auch die DVU bekämpfenden Bestrebungen. Nachfolgend der jüngste, am Samstag, 21. November 1992, vom Bundesvorstand einstimmig und mit Zustimmung aller Landesvorsitzenden gefasste und am Sonntag, 22. November 1992, vom Bundesparteitag einhellig bestätigte Unvereinbarkeitsbeschluss:

- 1) Die Mitgliedschaft bei Organisationen, die das Grundgesetz bekämpfen oder missachten oder die bestehende Rechtsordnung, insbesondere Strafbestimmungen, hartnäckig und schuldhaft verletzen, ist mit der Mitgliedschaft in der DVU unvereinbar.
 - 2) Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DVU ist die gleichzeitige Mitgliedschaft insbesondere in folgenden politischen Parteien oder Vereinigungen: FAP, Nationale Liste ..., Nationalistische Front ... sowie bei Ersatz- oder Nachfolgeorganisationen und Gruppierungen u. a. um folgende Personen: Röder, Busse, Reitz, Pape, Althans, Worch.
-
- 4) Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DVU ist die gleichzeitige Zugehörigkeit zu Gruppierungen der Skinheads.
 - 5) Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DVU ist das Werben und Unterstützen für Publikationen, deren Wirken gegen das Grundgesetz oder die Rechtsordnung, insbesondere gegen Strafbestimmungen, gerichtet ist."

In einer EntschlieÙung vom 29. April 2002 brachte der DVU-Bundesvorstand erneut einstimmig zum Ausdruck, dass er eine Zusammenarbeit mit Personen und Organisationen, die einen nationalrevolutionären Kurs verfolgen, sowie mit Neonazis und Skins kooperieren, kategorisch ablehnt. Folgerichtig reagierte die Parteiführung mit Amtsenthebungen und Parteiausschlussverfahren gegen Angehörige von acht DVU-Kreisverbänden des Landesverbandes Niedersachsen, die sich an einer von der NPD organisierten Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Bielefeld am 2. Februar 2002 beteiligt hatten. Einige DVU-Mitglieder wechselten zur NPD.

Die Zeiten der praktizierten Umsetzung dieser Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüssen scheinen seit den Absprachen zwischen Frey und Voigt nicht mehr zu gelten. Als Frey am Rande des NPD-Parteitages über seine künftige Zusammenarbeit mit dem frisch gebackenen NPD-Bundesvorstandsmitglied und bundesweit bekannten Neonazi Thorsten Heise befragt wurde, sagte er gespielt naiv, er wisse von gar nichts. Frey hält sich damit selbst nicht an die EntschlieÙung des DVU-Bundesvorstandes, nicht mit Neonazis zu kooperieren. Denn: Heise ist mehrfach wegen Volksverhetzung, gefährlicher Körperverletzung und Nötigung vorbestraft. Der ehemalige Landesvorsitzende (Niedersachsen, Sachsen-Anhalt) der 1995 bundesweit verbotenen Neonazi-Vereinigung "Freiheitlichen Deutschen Volkspartei" (FAP) betreibt einen florierenden Handel mit rechtsextremen Skinmusik-CDs.

Die Neonazis Heise, Thomas Wulff und Ralph Tegethoff waren kurz vor dem NPD-Parteitag in Leinefelde öffentlichkeitswirksam in die NPD eingetreten und hatten damit für medialen Wirbel gesorgt. Wulff ist mehrfach wegen Beleidigung, Volksverhetzung, übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt. Er war Vorsitzender der 1995 verbotenen Nationalen Liste (NL). Tegethoff ist mehrfach wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und VerstoÙes gegen das Versammlungsgesetz vorbestraft. Der Ex-Funktionär der zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Vereinigungen FAP und "Wiking-Jugend" (WJ) wurde 1983 beim Testen von selbst gebastelten Rohrbomben mit weiteren Kameraden festgenommen.

NPD-Bundesvorstand: Ein Drittel ehemalige Neonazis

Bekannt ist Frey sicherlich auch, dass dem amtierenden NPD-Bundesvorstand mehr als ein Drittel Mitglieder angehören, die als Funktionäre oder Mitglieder zwischenzeitlich verbotener Neonazi-Gruppierungen aktiv waren. Ist die NPD damit gar eine Ersatzorganisation zur Fortführung verbotener Vereinigungen? Dem NPD-Bundesvorstand gehören an:

- Manfred Börm (Niedersachsen), wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, wurde im September 1985 zum Gauführer Nordmark/Niedersachsen der neonationalsozialistischen, 1994 verbotenen Wiking-Jugend (WJ), gewählt. Zeitweilig war er Beauftragter des Bundesführers der WJ.
- Stefan Haase (Nordrhein-Westfalen), wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Kennzeichen einer verfassungsfeindlichen Organisation vorbestraft, war Stützpunktleiter Lüdenscheid der Nationalistischen Front.
- Sascha Roßmüller (Sachsen), wegen Verunglimpfung des Staates vorbestraft, gehörte 1991 zu den Gründungsmitgliedern des auf Bayern beschränkten und 1993 verbotenen neonationalsozialistischen Nationalen Blocks (NB).
- Frank Schwerdt (Thüringen), u.a. wegen Volksverhetzung vorbestraft und knasterfahrend, gilt als "geistiger Vater" (Welt) der 1997 verbotenen Kameradschaft Oberhavel. Einem Verbot des von ihm als Vorsitzenden geführten neonationalsozialistischen Vereins Die Nationalen kam Schwerdt durch dessen Auflösung im November 1997 zuvor.
- Jens Pühse (Sachsen) war Mitglied der 1992 verbotenen neonationalsozialistischen Nationalistischen Front (NF).

Von der DVU zur NPD?

Wahlabsprachen zwischen der DVU und der NPD können punktuell dazu führen, dass es diesen Rechtsextremisten gelingen kann, weitere parlamentarische Erfolge zu feiern. Frey muss jedoch damit rechnen, dass sich dann seine nur lose mit ihm verbundene Anhängerschaft von der virtuellen Partei DVU abwenden und hin zur ideologisch kampferprobten NPD, dem Original, zuwenden kann. Dann hätte Frey nicht nur seine "Partei", sondern auch sein damit in symbiotischer Beziehung bestehendes Verlagsimperium verloren.